

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Januar 2022

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Rat der EU: Französische Präsidentschaft.....	1
EuGH: Stellungnahme des Generalanwalts zum Kindergeld für Nicht-Erwerbstätige	1
EU-Kommission: Konsultation über verbindliche Standards für Gleichstellungsstellen	1
EU-Kommission: Aufruf zu Projektvorschlägen gegen sexuellen Missbrauch an Kindern.....	2
EU-Kommission: Deklaration über europäische digitale Rechte und Prinzipien.....	2
EU-Kommission: Vorschlag für eine Empfehlung zu transnationalen Freiwilligentätigkeiten	2
EWSA: Stellungnahme fordert Überprüfung verschiedener Formen der Altenpflege	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Spanien: Gesetz zur Rentenreform beschlossen	3
Kosovo: Kindergeld und Mutterschaftsgeld für nicht-erwerbstätige Mütter eingeführt	3
Finnland: Probleme bei der Implementierung neuer Pflege-Standards	4
Luxemburg: Leistungserhöhungen in den Bereichen soziale Sicherung, Bildung und Wohnen.....	4
Portugal: Strategie zur Armutsbekämpfung beschlossen	4
Irland: Sonderzahlung für Beschäftigte im Gesundheitswesen.....	5
Schweden: Renten im Durchschnitt ausreichend	5
Weitere Nachrichten	5
COFACE: Strategischer Rahmen 2021-2030.....	5
Suizidalität unter Jugendlichen in Europa angestiegen	6
Projekt gegen Einsamkeit im Alter.....	6
Aufruf zur Beteiligung an offener Arbeitsgruppe der UN zu Fragen des Alterns.....	6
Internationaler Tag der Bildung	7
Berichte und Studien	7
EPIC: Vergleichender Bericht zur Unterstützung von Familien während der Pandemie	7
EPIC: Forschungsbericht zu Auswirkungen frühkindlicher Bildung und Betreuung	7
Eurochild: Länderberichte mit Empfehlungen für die EU-Kindergarantie	8
MISSOC: Vergleichende Informationen zur sozialen Sicherheit auf Deutsch verfügbar	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Rat der EU: Französische Präsidentschaft

Frankreich hat zu Beginn des Jahres seine Präsidentschaft im Rat der EU angetreten. Damit beginnt auch die Trio-Präsidentschaft von Frankreich, Tschechien und Schweden. Die Staaten werden je sechs Monate den Vorsitz innehaben und während dieser Zeit ein gemeinsames Programm verfolgen. Ein Schwerpunkt soll der Schutz von Grundfreiheiten und europäischen Werten sein, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gleichstellung sowie eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik zu fördern. Sozialpolitische Schwerpunkte bilden die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, die Entwicklung von lebensverlaufsorientierten sozialpolitischen Maßnahmen und die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit mit Housing-First-Ansätzen. Weitere Kernthemen sollen nachhaltiges Wachstum, die industrielle und digitale Souveränität Europas, die Förderung eines ökologischen und sozial gerechten Europas und eine internationale Ausrichtung mit führender Rolle der EU werden. Zudem knüpft die Trio-Präsidentschaft an das Engagement der EU in der Pandemiebekämpfung an und legt weiter einen Fokus darauf, deren soziale und wirtschaftliche Folgen abzuschwächen.

- [Website der französischen Ratspräsidentschaft: Programm der Trio-Präsidentschaft](#)

EuGH: Stellungnahme des Generalanwalts zum Kindergeld für Nicht-Erwerbstätige

Der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) hat eine Stellungnahme veröffentlicht, in der er den Ausschluss von Kindergeld-Zahlungen an nicht-erwerbstätige Bürger:innen der EU als europarechtswidrig einstuft. Das Finanzgericht Bremen hatte um Klärung gebeten, ob die deutschen Einschränkungen des Anspruchs auf Kindergeld europarechtskonform seien. Diesen Regelungen zufolge haben Unionsbürger:innen in Deutschland drei Monate lang nur dann Anspruch auf Kindergeld, wenn sie in Deutschland Einkünfte beziehen. Nach Ablauf dieser drei Monate haben sie nur im Status als Arbeitnehmer:in, als Familienangehörige oder Daueraufenthaltsberechtigte Anspruch. Der Generalanwalt stuft die Handhabung dieser 3-monatigen Frist als europarechtswidrig ein, da sie eine Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit darstelle und die Freizügigkeit innerhalb der EU beschränke. Zudem stütze sich die Begründung Deutschlands, dass ein Missbrauch der Leistungen sozialer Sicherheit zu befürchten sei, nicht auf empirische Erkenntnisse. Missbräuchlicher Bezug von Leistungen sozialer Sicherheit müsse im Einzelfall geprüft werden und dürfe nicht eine rechtliche Ungleichbehandlung von EU-Bürger:innen begründen.

EU-Kommission: Konsultation über verbindliche Standards für Gleichstellungsstellen

Die EU-Kommission hat eine Konsultation für die Erarbeitung EU-weiter Richtlinien für Gleichstellungsstellen gestartet. Sie sollen verbindliche Standards zu Befugnissen, Status, Unabhängigkeit und Ressourcen für alle Gleichbehandlungsstellen schaffen. Damit sollen Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexueller Orientierung in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und sozialer Sicherung bekämpft werden. Beteiligen können sich bis zum 10. März dieses Jahres neben Organisationen der Zivilgesellschaft, nationalen und europäischen Institutionen auch interessierte Bürger:innen. Die Gleichbehandlungsstellen selbst werden in einer eigenen Konsultation befragt.

- [Konsultation: Gleichstellungsstellen - verbindliche Standards](#)

EU-Kommission: Aufruf zu Projektvorschlägen gegen sexuellen Missbrauch an Kindern

Zivilgesellschaftliche Organisationen und öffentliche Institutionen sind aufgerufen, Vorschläge für Projekte gegen sexuellen Missbrauch an Kindern einzureichen. Wie in der EU-Strategie gegen sexuellen Missbrauch an Kindern angekündigt (s. [EuropaNews 07/20](#)), sollen europaweit die Prävention, die Unterstützung Betroffener und die Strafverfolgung von Tätern sexuellen Missbrauchs gestärkt werden. Für die Projekte stehen 16 Millionen Euro zur Verfügung. Bewerben können sich Organisationen, die transnationale Projekte mit Projektpartnern aus mindestens zwei weiteren EU-Mitgliedstaaten mit einer Laufzeit von 24 Monaten planen. Die Projekte sollten einem der Bereiche aus der Strategie zugeordnet werden können und konkrete Zielstellungen angeben.

- [Aufruf für Projektvorschläge im Rahmen der EU-Initiative gegen sexuellen Missbrauch an Kindern](#) 
- [EU strategy for a more effective fight against child sexual abuse](#) 

EU-Kommission: Deklaration über europäische digitale Rechte und Prinzipien

Die EU-Kommission hat ihren Vorschlag für eine EU-Deklaration über europäische digitale Rechte und Prinzipien veröffentlicht. Die dort enthaltenen Grundsätze sollen dazu beitragen, ein nachhaltiges und inklusives digitales Umfeld zu schaffen, in dem sich Bürger:innen souverän und sicher bewegen können. In den Abschnitten zu Kindern und Jugendlichen wird betont, dass diese im Umgang mit digitalen Angeboten Unterstützung bräuchten. Sie müssten die Möglichkeit bekommen, sich Kenntnisse im Umgang mit digitalen Technologien anzueignen. Ebenso bedürften sie eines besonderen Schutzes vor nicht-altersgerechten Inhalten und Missbrauch, direkt im Internet bzw. durch digitale Dienste. Die Strategie der EU soll dazu beitragen, allen Kindern einen Zugang zu einem sicheren digitalen Umfeld zu schaffen. Die Fähigkeit von Kindern, selbst einen sicheren Umgang mit dem Internet zu erlernen und verantwortliche Entscheidungen zu treffen, solle gefördert werden. Eine wichtige politische Aufgabe sei es zudem, Kinder vor illegalen, schädigenden Inhalten sowie vor Ausbeutung und Manipulation im digitalen Raum zu schützen.

- [Europäische Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade](#) 

EU-Kommission: Vorschlag für eine Empfehlung zu transnationalen Freiwilligentätigkeiten

Die EU-Kommission hat zu Beginn des Europäischen Jahres der Jugend 2022 einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung zu Freiwilligentätigkeiten junger Menschen veröffentlicht. Damit soll es jungen Menschen erleichtert werden, Freiwilligentätigkeiten im Ausland aufzunehmen. Der Vorschlag sieht vor, die Inklusion, Qualität und Nachhaltigkeit transnationaler Freiwilligendienste stärker zu priorisieren. Künftig solle es allen jungen Menschen möglich sein, sich in Form von Freiwilligendiensten im Ausland zu engagieren. Die Erfahrungen aus der Pandemie zeigten, dass die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen so überarbeitet werden müssten, dass die Gesundheit und Sicherheit der Teilnehmenden gewährleistet werden könne. Die Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit zu Programmen für transnationale Freiwilligentätigkeiten müsse ausgebaut werden. Dabei sei es wichtig, auch über die Rechte der jungen Teilnehmenden zu informieren. Insgesamt solle die Zusammenarbeit auf nationaler und EU-Ebene gefördert werden, um mehr Freiwilligendienste im Ausland zu ermöglichen. Künftige Projekte sollten auch unter Nachhaltigkeitsaspekten entwickelt werden und neue Bereiche und Formate einbeziehen.

- [EU-Kommission: Vorschlag für eine Ratsempfehlung zur transnationalen Freiwilligentätigkeiten](#)  

EWSA: Stellungnahme fordert Überprüfung verschiedener Formen der Altenpflege

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat eine Stellungnahme veröffentlicht, in der die EU-Institutionen aufgefordert werden, die verschiedenen Formen der Altenpflege zu analysieren. Die Pandemie habe auf Mängel verschiedenster Art in der häuslichen Pflege, in Heimen oder bei anderen Pflegedienstleistungen hingewiesen. Der EWSA schlägt vor, eine Europäische Beobachtungsstelle für Altenpflege einzurichten. Er verweist dabei auf die Entwicklung der Lebenserwartung, den demografischen Wandel und die damit verbundene gesellschaftliche Herausforderung, aktives Altern zu ermöglichen und die Grundrechte Älterer zu schützen. Die vorgeschlagene Beobachtungsstelle könnte Daten aus den europäischen Staaten auswerten, Best Practices identifizieren und Mitgliedstaaten bei der Erarbeitung von Aktionsplänen für die Langzeitpflege Älterer unterstützen. In der Stellungnahme wird außerdem vorgeschlagen, einen einheitlichen europäischen Rahmen für die Pflege Älterer zu erarbeiten. Die Initiative der EU-Kommission für eine neue europäische Pflegestrategie wird unterstützt. Hierzu wird angemahnt, zivilgesellschaftliche Organisationen und ältere Menschen selbst in die Erarbeitung einzubeziehen.

- [Zum Download der Stellungnahme beim EWSA](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Spanien: Gesetz zur Rentenreform beschlossen

Spanien hat eine Reform des Rentensystems beschlossen, mit der eine ausreichende Kaufkraft der Renten wiederhergestellt sowie langfristig das System gesichert werden soll. Dazu wird ein Gesetz aus dem Jahr 2013 zurückgenommen, nachdem die Renten nicht um mehr als 0,25 Prozent steigen dürfen. Außerdem werden Anreize eingeführt, die einen späteren Renteneintritt für ältere Menschen attraktiver machen sollen. Zudem wird der sogenannte Mechanismus für Gerechtigkeit zwischen den Generationen eingeführt. Dieser sieht für den Zeitraum von 2023 bis 2031 eine Erhöhung der Rentenbeiträge um 0,6 Prozent vor, die zum Großteil von den Arbeitgebern getragen wird. Nach diesem Zeitraum wird die Situation neu bewertet.

Der spanische Verband der Mehrkindfamilien (Federación Española de Familias Numerosas, FEFN) forderte die Regierung auf, die Rentennachteile von Eltern auszugleichen, indem die Sozialversicherungsbeiträge von Eltern während Erziehungszeiten aus staatlichen Mitteln bezahlt werden. Der Vorschlag stützt sich auf eine Studie der Universität Vigo und des Ministeriums für soziale Rechte, in der ein Modell empfohlen wird, dass die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge auf fünf Jahre pro Kind begrenzt und damit zugleich Anreize zum Wiedereinstieg in den Beruf schafft.

- [ESPN-Kurzbericht zur spanischen Rentenreform](#)  

Kosovo: Kindergeld und Mutterschaftsgeld für nicht-erwerbstätige Mütter eingeführt

Künftig soll es im Kosovo ein Kindergeld für alle Kinder unter 16 Jahren geben. Erst im November letzten Jahres war die Leistung für alle Kinder unter sieben Jahren eingeführt worden. Familien erhalten aktuell für jedes Kind bis zum Alter von zwei Jahren monatlich 20 Euro und für Kinder bis zum Alter von sieben Jahren monatlich 10 Euro. 68 Prozent der Familien mit Kindern bis zum Alter von zwei Jahren und 58 Prozent der Familien mit Kindern bis zum Alter von sieben Jahren nehmen aktuell die neue Leistung in Anspruch. Außerdem wurde der Anspruch

auf Mutterschaftsgeld auf Mütter ausgeweitet, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig gewesen sind. Es wird für sechs Monate gezahlt und entspricht mit 170 Euro monatlich dem Mindestlohn im Kosovo. Die neuen Familienleistungen sind steuerfinanziert.

- [ESPN-Kurzbericht über neue Familienleistungen im Kosovo](#)  

Finland: Probleme bei der Implementierung neuer Pflege-Standards

Die Richtlinien zum Verhältnis von Pflegenden und Pflegebedürftigen können in Finnland derzeit nicht erfüllt werden. Die Regierung hatte im Jahr 2020 einen verbindlichen Personalschlüssel von 0,5 Pflegenden pro gepflegter Person (also z.B. fünf Pflegekräfte pro 10 Pflegebedürftige) beschlossen, um die Qualität in der Langzeitpflege älterer Menschen zu verbessern. Diese Quote sollte laut Implementierungsplan bis zum 1. April 2023 auf 0,7 Pflegende pro gepflegter Person gesteigert werden. Aktuell wird jedoch befürchtet, dass nicht ausreichend Personal für die neuen gesetzlichen Schlüssel eingestellt werden könne und Pflegeeinrichtungen gezwungen seien, die Aufnahme neuer Pflegebedürftiger zu stoppen. Die Covid-19 Pandemie habe den allgemeinen Fachkräftemangel in der Pflege noch verschärft. Die Hauptprobleme in diesem Sektor seien die geringe Bezahlung und die hohe Arbeitslast. Die demografische Entwicklung werde das Problem des Personalmangels in der Pflege voraussichtlich verstärken.

- [ESPN-Kurzbericht zum Personalmangel in der Altenpflege in Finnland](#)  

Luxemburg: Leistungserhöhungen in den Bereichen soziale Sicherung, Bildung und Wohnen

Zum Jahresbeginn hat Luxemburg die Erhöhung verschiedener Sozialleistungen beschlossen. So werden, ebenso wie die Löhne und Gehälter, die Renten und Sozialleistungen den Preissteigerungen angepasst. Dies gilt auch für Familienleistungen, die seit dem Jahr 2006 von Anpassungen an steigende Lebenshaltungskosten ausgeschlossen waren. Außerdem wird ein Wohngeld für Haushalte mit hohen Mietkosten eingeführt. Eine weitere neue Leistung ist die Versorgung mit Schulmahlzeiten für Kinder aus einkommensschwachen Familien. In Luxemburg besteht bereits ein Anspruch auf kostenlose Betreuung für Kinder im Alter zwischen einem und vier Jahren für Kinder aus Familien mit geringen Einkommen. Dieser Anspruch wird nun auf die Altersgruppe von 5 bis 12 Jahren ausgeweitet. Außerdem sollen Familien zukünftig die Bezuschussung der Kosten für einen Internetanschluss beantragen können. Beschlossen wurde darüber hinaus die Schaffung von 8200 neuen Sozialwohnungen und eine Reform der Grundsteuer, um Spekulationen mit Grundstücken und Immobilien einzudämmen.

- [ESPN-Kurzbericht zu sozialpolitischen Neuerungen in Luxemburg](#)  

Portugal: Strategie zur Armutsbekämpfung beschlossen

Portugal hat eine neue Strategie zur Armutsbekämpfung beschlossen, bei der die Bekämpfung von Kinderarmut eine zentrale Rolle einnimmt. Dieses Ziel soll mit einem integrierten Ansatz verfolgt werden, der die Lebenssituation der ganzen Familie betrachtet. Dementsprechend sei auch der Bereich der Beschäftigung und angemessener Bezahlung für die Strategie entscheidend. Ein Fokus ist darüber hinaus die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und die gesellschaftliche Teilhabe aller jungen Menschen. Auch die Teilhabe an öffentlichen Angeboten wie Bildung und Gesundheitsversorgung sowie der Zugang zu Leistungen der sozialen Sicherung soll gesichert werden. Die Strategie umfasst Pläne zu Formen der Evaluation, bei denen Vertreter:innen vulnerabler Gruppen sich beteiligen können. Das European Social Policy Network befürwortet die Pläne zu integrierten Lösungen für Kinder

und ihre Familien und sieht die Strategie als konform mit der EU-Kindergarantie an. In seinem Kurzbericht wird jedoch angemerkt, dass die portugiesischen Pläne keinen Verweis auf die EU-Kindergarantie und die EU-Kinderrechtsstrategie enthalten.

- [ESPN-Kurzbericht zur portugiesischen Armutsbekämpfungsstrategie](#)  

Irland: Sonderzahlung für Beschäftigte im Gesundheitswesen

Irland hat zwei Maßnahmen beschlossen, um die Opfer der Pandemie und alle, die zu ihrer Bekämpfung beitragen, zu würdigen. In diesem Jahr wird der 18. März einmalig ein Feiertag sein, an dem auch ein öffentliches Gedenken für die Opfer der Pandemie stattfinden wird. Ab dem folgenden Jahr wird der 1. Februar ein wiederkehrender Feiertag. Beschäftigte im Gesundheitswesen erhalten als Anerkennung für ihre Leistungen in der Pandemie eine einmalige, steuerbefreite Zahlung von 1.000 Euro. Sie wird an das gesamte Krankenhauspersonal, z.B. auch an Sicherheits- und Reinigungskräfte, gezahlt. Der Gesundheitsminister sagte zu dieser Entscheidung, die Beschäftigten in vielen Branchen hätten während der Corona-Krise einen Einsatz über das übliche Maß hinaus zeigen müssen. Aus haushaltspolitischen Gründen müsse die Zahlung jedoch beschränkt werden. Die Begrenzung des Bonus auf Beschäftigte im Gesundheitswesen sei die fairste mögliche Lösung.

Schweden: Renten im Durchschnitt ausreichend

Die schwedische Rentenbehörde hat einen Bericht veröffentlicht, nach dem die Renter:innen in Schweden finanziell gut versorgt sind. Im Durchschnitt beziehen sie Renten in Höhe von 82 Prozent der Durchschnittseinnahmen der Erwerbsbevölkerung im Alter zwischen 20 und 64 Jahren. Werden die Daten zum Rentenniveau in Schweden genauer nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt, zeigen sich jedoch gravierende Unterschiede: So beziehen alleinstehende Männer im Alter von über 80 Jahren nur 59 Prozent und gleichaltrige alleinstehende Frauen nur 56 Prozent dieser Durchschnittseinnahmen. Zusammenlebende Paare im Alter zwischen 66 und 70 Jahren haben dagegen durchschnittliche Einkünfte, die höher sind als die der Erwerbstätigen.

- [Rentenbericht der schwedischen Rentenbehörde](#)  

Weitere Nachrichten

COFACE: Strategischer Rahmen 2021-2030

Zum Jahresbeginn verweist COFACE Families Europe auf den Strategischen Rahmen 2021-2030, der die Arbeit der Organisation für dieses Jahrzehnt leiten soll. Ausgehend von den zentralen Werten Nicht-Diskriminierung, gleiche Chancen, Respekt der Menschenrechte, Empowerment, soziale Inklusion und Solidarität werden darin politische Ziele für gute gesellschaftliche Rahmenbedingungen für Familien formuliert. So sollen die Work-Life-Balance für Familien, geschlechtergerechte Aufteilung von Care-Arbeit, selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen, inklusive Bildung, digitale Teilhabe, Kinderrechte, inklusive und nachhaltige Wirtschaft und die Bekämpfung von Armut vorangebracht werden. Im Strategischen Rahmen sind außerdem die unterschiedlichen Aktivitäten auf nationaler, transnationaler und EU-Ebene sowie die Aufgaben in verschiedenen Phasen der politischen Kampagnenarbeit dargestellt.

- [COFACE Families Europe Strategic Framework 2021-2030](#)  



Suizidalität unter Jugendlichen in Europa angestiegen

Suizidale Gedanken und andere akute psychische Krisen sind in verschiedenen EU-Staaten seit dem Jahr 2020 stark angestiegen. Die Plattform EURACTIV hat dazu Daten aus verschiedenen Ländern zusammengetragen. In Spanien hatte jüngst ein Bericht von Save The Children gezeigt, dass sich die Zahl der Kinder mit psychischen Problemen während der Pandemie verdreifacht hat und drei Prozent der Kinder angaben, mit suizidalen Gedanken zu kämpfen (s. Link [EuropaNews 12/21](#)). In Kroatien ist die Zahl der Suizide in der Gruppe der 15 bis 25-Jährigen um über 50 Prozent angestiegen. Diese Gruppe zeige allerdings auch die höchste Bereitschaft in der Bevölkerung, sich in psychologische Behandlung zu begeben. In Bulgarien sind junge Menschen überdurchschnittlich häufig suizidal: Von den 500 Menschen, die sich dort ca. jährlich selbst töten, sind 70 Prozent Jugendliche. Ein staatliches Präventionsprogramm gegen Suizid gibt es in Bulgarien nicht. Auch in Polen steigt die Nachfrage nach psychologischer Unterstützung. Obwohl die Regierung seit Beginn der Pandemie zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt hatte, gibt es gegenwärtig nur eine praktizierende psychologische Fachkraft für 20.000 Jugendliche. Slowenien hat ab dem Beginn der Pandemie eine Awareness-Kampagne für psychische Probleme und die Gefahr von Suiziden gestartet. Die Suizidrate ist dort insgesamt rückläufig, in der Gruppe zwischen 15 und 24 Jahren gab es im Jahr 2020 allerdings einen Anstieg. In der Slowakei wurde im Jahr 2020 die niedrigste Suizidrate seit ihrer Erfassung verzeichnet. Auch hier hatte die Regierung gezielte Schritte unternommen, um den psychischen Problemen in der Bevölkerung zu begegnen, die sich seit Beginn der Pandemie verschärft haben.

Projekt gegen Einsamkeit im Alter

Das Projekt euPrevet PROFILE (Prävention von Einsamkeit im Alter in der Euregio) richtet sich an ältere Menschen in der Europaregion Maas-Rhein im Grenzraum Belgiens, der Niederlande und Deutschland. Organisationen aus den drei Ländern kooperieren für die Prävention und Bekämpfung von Einsamkeit im Alter. Nach der Planungsphase im Jahr 2021 beginnt mit diesem Jahr die Projektphase, in der Wissensvermittlung und Sensibilisierung der Bevölkerung und der Fachkräfte im Mittelpunkt stehen. Im Laufe des Jahres soll eine Übersicht von Best Practices online zur Verfügung gestellt werden, eine Literaturübersicht verfasst und ein Bürger:innengipfel veranstaltet werden. Für das folgende Projektjahr sind Austausch und Umsetzung von Best Practices, Schulungen von Ehrenamtlichen und Fachkräften sowie verschiedene Publikationsformate zum Thema geplant.

- [Factsheet zu euPrevent PROFILE](#) 

Aufruf zur Beteiligung an offener Arbeitsgruppe der UN zu Fragen des Alterns

Zivilgesellschaftliche und Menschenrechtsorganisationen weltweit sind aufgerufen, sich an der Tagung der offenen Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns vom 11. bis zum 14. April zu beteiligen. Anmelden können sich alle zivilgesellschaftlichen Organisationen, die keinen UN-Beraterstatus haben, um sich an der Diskussion über die Umsetzung der Menschenrechte Älterer zu beteiligen. Die Themen der Sitzung sind die Rolle älterer Menschen bei der nachhaltigen Entwicklung und die ökonomische Sicherheit älterer Menschen. Organisationen mit UN-Beraterstatus sind eingeladen, zu beiden Themen bis zum 15. Februar Diskussionsbeiträge einzureichen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) bietet interessierten Verbänden ohne UN-Beraterstatus an, ihre Beiträge bei der Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik der BAGSO einzureichen.

- [Offene Arbeitsgruppe der UN zu Fragen des Alterns](#) 
- [BAGSO: Internationale Altenpolitik](#)
- [BMFSFJ: Linksammlung zu Fragen des Alterns von der EU und dem Europarat](#)



Internationaler Tag der Bildung

Seit dem Jahr 2019 wird am 24. Januar mit einem Aktionstag darauf aufmerksam gemacht, dass alle Kinder und Erwachsenen weltweit ein Recht auf Bildung haben. Die UN verweist auf ihre Erklärungen über die Menschen- und Kinderrechte, in denen dieses Grundrecht festgeschrieben ist. Sie mahnt die internationale Gemeinschaft, die Ziele für nachhaltige Entwicklung ernsthaft zu verfolgen. Darin sei die zentrale Rolle der Bildung zum Erreichen aller Nachhaltigkeitsziele anerkannt. Gegenwärtig sei es 258 Millionen Kindern nicht möglich, die Schule zu besuchen oder abzuschließen. Dies betreffe insbesondere Kinder in afrikanischen Ländern südlich der Sahara und insgesamt überdurchschnittlich häufig Mädchen. Die EU-Kommission gab anlässlich des Tags der Bildung eine Erklärung ab, in der auch die Wichtigkeit der Bildung unterstreicht. Im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend würde die Bildung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen besonders gefördert. Der Plan für den europäischen Bildungsraum solle dazu führen, die verschärften Bildungsungleichheiten durch die Pandemie abzubauen. Neben einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Bildung innerhalb Europas unterstütze die Union auch die Bildung von Kindern weltweit, besonders in humanitären Krisen und Konfliktsituationen.

Berichte und Studien

EPIC: Vergleichender Bericht zur Unterstützung von Familien während der Pandemie

Die European Platform for Investing in Children (EPIC) hat einen Bericht veröffentlicht, in dem die staatliche Unterstützung von Familien im Pandemiejahr 2020 in den EU-Mitgliedstaaten verglichen wird. Neben dem Vergleich der Herausforderungen und politischen Lösungsansätze in allen Mitgliedstaaten wurden zehn Staaten für ausführlichere Case Studies ausgewählt: Österreich, Zypern, Tschechien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, die Slowakei und Schweden. Ein Großteil der EU-Mitgliedstaaten habe angesichts der Schließung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen eine Form von Freistellung eingeführt. Im Bericht wird die Gestaltung dieser Freistellung nach Höhe der Gehaltsfortzahlung, Höchstalter des Kindes, Finanzierungsform, Höchstdauer der Freistellung und dem Zeitraum, in dem die Sonderregelung in Kraft war, verglichen. Hier zeigen sich große Unterschiede: Während freigestellte Eltern in Österreich das volle Gehalt bekamen, betrug die Zahlung in Italien nur 50 Prozent und in Tschechien 60 Prozent des üblichen Lohns. In Schweden, der Slowakei und Tschechien war die Freistellung zeitlich nicht begrenzt, in Frankreich auf 30 Tage und in Deutschland auf sechs Wochen. EU-weit hätten Eltern, insbesondere Mütter, seit Beginn der Pandemie eine deutlich schlechtere Work-Life-Balance als Beschäftigte ohne Kinder.

- [How EU Member States supported working families in 2020](#) 

EPIC: Forschungsbericht zu Auswirkungen frühkindlicher Bildung und Betreuung

Der Forschungsbericht beinhaltet Ergebnisse aus 26 Studien zu den Auswirkungen frühkindlicher Bildung und Betreuung auf die Bildungserfolge und Arbeitsmarktchancen von Kindern und Eltern. Neben Erkenntnissen über die Wirkung frühkindlicher Bildungsangebote werden bestehende Datenlücken aufgeführt. Einige Studien legten nahe, dass sich positive Effekte qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung bis ins Jugendalter nachweisen ließen. Längsschnittstudien wiesen darauf hin, dass sie auch den Bildungserfolg bis in die Universität und später eine gute sozioökonomische Position begünstigen könne. Recht klar zeige sich in der den Studien, dass öffentlich geförderte Betreuung die Erwerbstätigkeit von Eltern, besonders von Müttern, positiv beeinflusse. Staaten mit

einer hohen Betreuungsquote im Vorschulalter wiesen die höchsten Erwerbsquoten unter Müttern auf. Um künftig präzisere Aussagen über den Nutzen frühkindlicher Bildung und Betreuung treffen zu können, sollten auch demografische Daten wie der sozioökonomische Status und die geografische Lage einbezogen werden.

- [Building a better understanding of the impact of Early Childhood Education and Care \(2022\)](#)  

Eurochild: Länderberichte mit Empfehlungen für die EU-Kindergarantie

Eurochild hat Berichte über die Situation von Kindern in Bulgarien, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien und Spanien veröffentlicht. In den Berichten werden auch Empfehlungen für die Gestaltung der Aktionspläne zur Implementierung der EU-Kindergarantie gegeben. Einbezogen wurden die Bereiche Gesundheitsversorgung, frühkindliche Betreuung, Bildung und die Versorgung mit Wohnraum und Ernährung. Für die Aktionspläne wird empfohlen, ausreichend Ressourcen zur Ausarbeitung zur Verfügung zu stellen und relevante Interessenvertretungen sowie Kinder selbst einzubeziehen. In allen genannten Bereichen müssten die wichtigsten Herausforderungen identifiziert und mit konkreten Maßnahmen bearbeitet werden. Die Aktionspläne sollten quantitative und qualitative Indikatoren enthalten, transparent über Kosten und begünstigte Gruppen von Kindern sein und unter Einbezug zivilgesellschaftlicher Vertreter:innen evaluiert werden.

- [Eurochild: Länderberichte und Empfehlungen zur Umsetzung der EU-Kindergarantie](#)  

MISSOC: Vergleichende Informationen zur sozialen Sicherheit auf Deutsch verfügbar

Die vergleichenden Daten zu Systemen der sozialen Sicherung in der EU des Mutual Information System on Social Protection (MISSOC) sind nun neben Englisch auch auf Deutsch und Französisch verfügbar. Sie enthalten Daten zur Finanzierung der Systeme sozialer Sicherung, zu Geldleistungen und Sachleistungen im Krankheitsfall, zu Rechten und Leistungen rund um Elternschaft und Familie, zu Arbeitslosigkeit und Mindestsicherung, zu den Themen Invalidität, Alter und Hinterbliebene und Pflege. Zum Vergleich können diese Themen und gewünschte Länder – die EU-Staaten und Island, Liechtenstein, Norwegen sowie die Schweiz – ausgewählt werden. Die Vergleichstabellen sind nach Rechtsgrundlagen, Gestaltungsprinzipien und Anwendungsbereichen gegliedert und können im HTML- oder Excelformat ausgegeben werden.

- [Die MISSOC-Datenbank auf Deutsch](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
7. Feb. 2022 Online	Green Family – Generational Fairness in Climate Change	Population Europe
8. Feb. 2022 Brüssel, Belgien	High-level meeting on Anti-Rights Movements in Europe and its Impact on Children's Rights	Eurochild
10. Feb. 2022 Online	Numbers Matter: Poverty in Large Families' Perspective	European Large Families Confederation

15. Feb. 2022 Online	#FacturasImposibles – A campaign calling for an energy system that puts families before profit	COFACE Families Europe
24. Feb. 2022 Online	Young people shape the future of Europe	European Youth Forum
26. Feb. 2022 Online	Children's Mental Health and the effect of Covid-19	The Malta Foundation for the Wellbeing of Society
9.-10. März 2022 Angers, Frankreich	Equality Forum: Lösungen für Geschlechtergleichstellung in Europa	Französische EU-Ratspräsidentschaft
15. März 2022 Ljubljana, Slowenien / Online	Expert meeting: The position of larger families with children in society: strengths and barriers	COFACE Families Europe
27. Sept. 2022 Berlin	Europäisches Fachgespräch zur Umsetzung der Europäischen Kindergarantie	AGF / COFACE Families Europe
13. Okt. 2022 Ibiza, Spanien	IAFL Introduction to European Family Law Conference	International Academy of Family Lawyers

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

